

ERGEBNISNIEDERSCHRIFT NR. 02/2007

Öffentliche Gemeinderatssitzung am Montag, 12.02.2007

Dauer der Sitzung: 17:30 Uhr bis 18:45 Uhr

Teilnehmer/-innen:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Dr. Müller

CDU-Fraktion:

Stadtrat	Ackermann
Stadtrat	Benz
Stadtrat	Burger
Stadtrat	Dörfler
Stadtrat	Haller
Stadträtin	Schwarz
Stadtrat	Schweickhardt
Stadtrat	Straubmüller

SPD-Fraktion:

Stadtrat	Baum
Stadtrat	Dr. Caroli
Stadträtin	Dreyer
Stadtrat	Hirsch
Stadtrat	Kalt
Stadträtin	Schmidt

Fraktion Freie Wähler:

Stadtrat	Girstl
Stadtrat	Mauch
Stadtrat	Pfütze
Stadtrat	Roth
Stadtrat	Wagenmann

Fraktion Die Grünen:

Stadträtin	Granderath
Stadträtin	Kaiser-Munz
Stadtrat	Täubert
Stadtrat	Vollmer

FDP-Fraktion:

Stadträtin	Kmitta
Stadtrat	Neumeister
Stadtrat	Uffelmann

Fraktionslos

Stadträtin	Kronawitter
------------	-------------

beratende Mitglieder:	Erste Bürgermeisterin	Kaufmann
	Bürgermeister	Langensteiner-Schönborn
	Ortsvorsteher	Baum (als Stadtrat)
	Ortsvorsteher	Benz
	Ortsvorsteherin	Deusch
	Ortsvorsteher	Haller (als Stadtrat)
	Ortsvorsteher	Roth (als Stadtrat)
	Ortsvorsteher	Schweickhardt (als Stadtrat)

entschuldigt fehlen:	Stadtrat	Dr. Moritz (krank)
	Stadträtin	Rompel (beruflich)
	Stadträtin	Wössner (beruflich)
	Stadtrat	Kleinschmidt (krank)
	Stadträtin	Bothor (privater Termin)

Schriftführer:	Stadtoberinspektor	Pascal Weber
----------------	--------------------	--------------

Zuhörer:	10
----------	----

Diese Sitzung ist nach § 34 GemO ordnungsgemäß einberufen und geleitet. Sie wird vom Vorsitzenden eröffnet mit der Feststellung, dass der Gemeinderat beschlussfähig und die Tagesordnung ortsüblich bekannt gemacht ist.

I. BERATUNGS- UND BESCHLUSSANGELEGENHEITEN

1. **Stellenplan der Stadt Lahr für das Haushaltsjahr 2007** **Hier: Änderung/Ergänzung des Stellenplanes 2007 i. d. F. vom 22.01.2007**

Anl. Sitzungsdrucksache: Beschlussvorlage Nr. 12/2007 vom 31.01.2007;
Haupt- und Personalamt,
Abt. Personal, Organisation und Datenverarbeitung

1. Der Gemeinderat stimmt der Änderung/Ergänzung des Stellenplanes 2007 in der Fassung vom 22.01.2007 zu und beschließen den Stellenplan 2007 in der Fassung vom 12.02.2007
2. Der Stellenplan 2007 in der Fassung vom 12.02.2007 wird Bestandteil der Haushaltssatzung 2007, die vom Gemeinderat am 22.01.2007 beschlossen wurde.

Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
1 Enthaltung

Im Anschluss an die Abstimmung gibt Stadtrat Uffelmann folgende persönliche Erklärung ab:

„Die Begründung zu dem Irrtum der Verwaltung, dass man hier die höchst mögliche juristische Sicherheit erlangen will, also das ist eine Sache, die mir nicht besonders geschmeckt hat. Wenn man sich geirrt hat soll man zum Irrtum stehen, auch lieber Stadtrat Dr. Caroli, wenn Ihnen das nicht passt, das ich hier eine Stellungnahme abgebe (Zwischenruf).

Streng juristisch, ja das sollte die Verwaltung. Aber dann kann man das auch so einfach stehen lassen, wenn man sich geirrt hat, und nicht die größtmögliche juristische Sicherheit heranziehen. Es gibt überhaupt keine ernsthaften Diskussionen in den Kommentarstimmen, dass die vorübergehende Stelle natürlich nichts mit einem Juristen in der Position 13 nach TVöD zu tun hat, der auf 2 Jahre beschäftigt wird, dass sind vorübergehend Beschäftigte im Bauhof oder irgendwo für zwei, drei Monate.

Also die Sache ist meines Erachtens völlig klar, so dass es diesen Rettungsanker der Verwaltung, um den Irrtum zu begründen, eigentlich nicht bedurft hätte. Das allein hätte mich jetzt aber nicht zur Ablehnung gebracht, sondern einfach Folgendes: Ich hab mir als Stadtrat erlaubt, mich bei Professor Dr. Gern zu erkundigen, was er zu tun hat, das ist mein gutes Recht. Auch im Hinblick auf die Haushaltssituation. Ich musste nun erfahren, dass im Januar 7,5 Stunden Arbeit für Ihn vorhanden war, obwohl Frau Schneider, Oberrechtsrätin, immer noch krank ist. Das lässt für mich eigentlich nur zwei Schlussfolgerungen zu: Entweder man gibt Professor Dr. Gern keine Arbeit, was ich hier der Verwaltung hier nicht unterstellen will oder es ist keine Arbeit da. Und wenn das letztere

so wäre und das kann ich zunächst mal nur schließen, da ich es nicht besser weiß, wie die Arbeitsverteilung ist und was für Arbeit bei der Stadt anfällt im juristischen Bereich, heißt das für mich, dass diese Stelle unnötig ist wie ein Kropf.

Professor Dr. Gern ist seit Mai keinen einzigen Tag krank gewesen. Er hat gearbeitet, so weit er durfte, soweit er Arbeit zugewiesen bekommen hat. So hat er über Monate hinweg teilweise nur Stundenweise, über ein Monat und jetzt im Januar 7,5 Stunden, gearbeitet. Und das meine Damen und Herren, kann ich nicht akzeptieren.

Wenn ich den Stundenlohn ganz einfach mal umlege, natürlich hinkt das Beispiel ein bisschen, aber da kostet eine Stunde von diesen 7,5 Stunden die gearbeitet wurden die Stadt Lahr 700,00 €. Weil ungefähr der Bruttolohn bei 5000,00 € liegt. Also da werden Ressourcen hier aus meiner Sicht einfach nicht in Anspruch genommen und das kann ich nicht akzeptieren und deswegen bin ich auch nicht bereit, dieser dritten Stelle zu zustimmen, wenn für den hochqualifizierten Juristen keine Arbeit da ist oder ihm keine Arbeit zugewiesen wird. Das geht so nicht, das ist fast ein Gehalt von einem Manager. Er ist ja Manager vom dritten und vierten Gleis, da hat er aber auch nichts zu tun so wie ich erfahren musste. Da gibt es nichts, also bleibt der hervorgehobene juristische Bearbeiter und hat dort auch nichts zu tun. Das sind die Fakten und das ist der Grund dafür, dass ich bei dieser Sache nicht mitmache.“

In der Folge ergibt sich eine rege Diskussion, bei der auch Stadtrat Neumeister eine persönliche Erklärung abgibt:

„Es ist nichts ungewöhnliches in diesem Haus, dass eine Erklärung zur Abstimmung abgegeben wird, deswegen finde ich die Aufregung völlig unangebracht. Das war so, dass manche Teilnehmer dieses Gremiums noch etwas gesagt haben und deswegen keine Aufregung. Aber ich hab mich der Stimme enthalten, Herr Oberbürgermeister, weil ich meine, soviel Deletantismus und Unvermögen wie es in diesem Punkt gegeben hat, das war noch nie da.

Die Verwaltung hat sich ohne Not, meines Erachtens, in eine schwierige Lage hineinmanövriert und hat uns zunächst erst angelogen muss ich sagen. Und dann wollte man nachträglich den Stellenplan noch etwas verändern, was hineinflicken, und dann dem Regierungspräsidium zuleiten. Bis man dann gemerkt hat, dass kann man ja nicht, da müsste man ja vorher wieder den Gemeinderat fragen und man kann keine Entscheidung dem Regierungspräsidium präsentieren am Gemeinderat vorbei. Und jetzt will man diesen Fehler nicht zugeben. Stadtrat Uffemann hat darauf hingewiesen, man spricht jetzt von der größtmöglichen Rechtssicherheit. Ich meine nochmals dieser Zirkus, der hier mit dem Gemeinderat angestellt wird, ist beschämend.

Es entspricht nicht dem Stil dieses Hauses und man sollte hier wirklich klar und offen zugeben, dass man hier falsch gehandelt hat, das man sich geirrt hat und nicht die Sachverhalte verschleiern.“

Oberbürgermeister Dr. Müller weist das Wort „angelogen“ ausdrücklich zurück und geht auf die vergangenen Ereignisse ein. Tatsächlich sei es ein Irrtum gewesen, den der Leiter der Abteilung Personal, Organisation und Datenverarbeitung, Herr Siefert, sofort nach Erkennen öffentlich eingeräumt habe.

Erste Bürgermeisterin Kaufmann geht im Folgenden auf die Arbeitsbelastung von Herrn Gern ein. Sie berichtet, dass er seit einigen Monaten über Unterbelastung klagt. In den Jahren zuvor habe er allerdings von Überlastung gesprochen und dies, obwohl er objektiv gesehen derzeit ein Vielfaches dessen bearbeitet, was er früher zu bearbeiten hatte.

Arbeit sei genügend da, es sei aber auch möglich, Rechtsangelegenheiten so oder so zu prüfen. Beispiel hierfür sei u.a. auch die Vergnügungssteuersatzung. Fakt sei aber, dass er derzeit mehr zu arbeiten hat, als früher, als er über Überlastung klagte.

2. Änderung der Besetzung der beratenden Ausschüsse und sonstige Gremien Hier: Jugendgemeinderat und Verkehrsausschuss

Anl. Sitzungsdrucksache: Beschlussvorlage Nr. 15/2007 vom 01.02.2007;
Haupt- und Personalamt,
Abt. Ratsangelegenheiten, Öffentlichkeitsarbeit und Stadtmarketing

Stadträtin Kmitta kommt zur Sitzung

Vom Gemeinderat werden folgende Personen vorgeschlagen:

1. Jugendgemeinderat

bisher: Franco Becherer, Sulzbergstraße 55

neu: Lisa Buttkus, Industriehof 5

2. Verkehrsausschuss

bisher: Franco Becherer, Sulzbergstraße 55 (Vertreter)
Aram Lasu, Am Mauerfeld 6 (Stellvertreter)

neu: Der JGR kann noch keinen Vorschlag für einen Vertreter unterbreiten
Aram Lasu, Am Mauerfeld 6 (Stellvertreter)

Wahlergebnis: Einstimmig.

3. Bewilligung von überplanmäßigen Ausgaben; Hier: Sonstige Finanzausgaben (Gewerbesteuerverzinsung)

Anl. Sitzungsdrucksache: Beschlussvorlage Nr. 007/2007 vom 15.01.2007;
Stadtkämmerei, Abt. Allgemeine Finanzverwaltung und Haushalt

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Der Gemeinderat bewilligt gemäß § 84 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg bei Haushaltsstelle 1.0300.842000 (Sonstige

Finanzausgaben) überplanmäßige Ausgaben in Höhe von € 143.122,--.
Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei Haushaltsstelle
1.9000.003000 (Gewerbsteuer)

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

4. Forstbetriebsgemeinschaft Lahr; geplanter Zusammenschluss zur neuen Forstbetriebsgemeinschaft Lahr-Seelbach

Anl. Sitzungsdrucksache: Beschlussvorlage Nr. 056/2006 vom 02.05.2006;
Stadtkämmerei, Abt. Beteiligungen, Betriebswirtschaft und Steuern

Stadträtin Schwarz kommt zur Sitzung

Stadtrat Hirsch beantragt, dass über den Zusammenschluss mit der Forstbetriebsgemeinschaft Seelbach getrennt abgestimmt werden soll.

Der Gemeinderat fasst folgenden Beschluss:

1. Die Stadt Lahr erklärt sich unter der Maßgabe, dass die Interessen der Stadt Lahr gewahrt bleiben, grundsätzlich bereit Mitglied in der neuen Forstbetriebsgemeinschaft Lahr-Seelbach zu werden.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen
14 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Oberbürgermeister Dr. Müller stellt fest, dass der Beschluss damit abgelehnt wurde.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die noch offenen Fragestellungen zur Form der Zusammenführung, den vorliegenden Satzungsentwurf unter rechtlichen Gesichtspunkten (insbesondere Stimmgewichtung) sowie die Auswirkung der zum 01.01.2007 in Kraft getretenen Förderrichtlinien zu prüfen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

3. Die Verwaltung wird ermächtigt, mit den Vorständen der FBG Lahr und FBG Seelbach Verhandlungen aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

5. Stadtparkentgelte

Anl. Sitzungsdrucksache: Beschlussvorlage Nr. 2/2007 vom 15.01.2007;
Stadtbauamt, Abt. Öffentliches Grün und Umwelt, der Umweltbeauftragte

Stadträtin Schwarz stellt folgenden Antrag:

Schüler in geschlossenen Klassen einschließlich erwachsener Aufsichtsperson sollen freien Eintritt erhalten.

Oberbürgermeister Dr. Müller bittet um Abstimmung über den Antrag von Stadträtin Schwarz:

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen
21 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Es wird folgender Beschluss gefasst:

- 1 Der Anpassung der Entgelte gemäß Anlage wird zugestimmt.
Die neuen Entgelte werden zur Saison 2007 wirksam.
2. Die Orangerie im Lahrer Stadtpark kann für einen Mietpreis von 200,- € für Veranstaltungen genutzt werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

II. INFORMATION AUßERHALB DER TAGESORDNUNG

Terrassenbad – Sanierung Kinderbecken Mehrkosten / Umbuchung in Anlagevermögen

Bürgermeister Langensteiner-Schönborn informiert, dass für die Sanierung des Kinderbeckens im Erfolgsplan 2005 Mittel in Höhe von 42.800,- € bereitgestellt waren. Beim Ausbau der Fliesen wurde offensichtlich, dass der komplette Untergrund durch Frostschäden und eingedrungenes Wasser so stark beschädigt war, dass dieser ausgebaut werden musste. Ebenso mussten neue Zu- und Abwasserleitungen verlegt werden, was vorher nicht ersichtlich war.

Nach bekannt werden dieser Tatsachen wurde die Planung nochmals überarbeitet. Die Hochbauabteilung kam nach Rücksprache mit der Bauverwaltung, dem Bäderbetriebsleiter und Bürgermeister Langensteiner-Schönborn zur Auffassung, dass das Becken, wenn es sowieso komplett erneuert werden muss, durch eine bessere Funktionalität zeitgemäß gestaltet werden könnte.

Die Mehrkosten für die zusätzlichen Umbauarbeiten beliefen sich auf 5.677,74 € für das Modellieren des Untergrundes und das Anpassen der Fliesen und 11.288,62 € für die Wasserspielgeräte. Zu diesem Zeitpunkt ging man davon aus, dass lediglich die 11.288,62 € für die Geräte und die 4.877,83 € für das neue Sonnensegel im Vermögenshaushalt gebucht werden müssen. Letztendlich wurden dann alle Maßnahmen, welche im Zusammenhang mit dem Kinderbecken standen, über den Erfolgsplan abge-

rechnet. Eine Prüfung der Finanzposition durch das Rechnungsprüfungsamt kam jedoch zum Ergebnis, dass alle Kosten ins Vermögen umgebucht werden müssen. Deshalb wurde die Genehmigung des Gemeinderates für diesen Vorgang erforderlich.

Umgebucht werden musste die Gesamtsumme in Höhe von 72.993,58 € für das Kinderbecken und 4.877,83 € für das Sonnensegel. Obwohl 42.800,- € im Erfolgsplan bereit standen. Die Mehrkosten für das Kinderbecken belaufen sich somit auf 30.193,58 €. Das Überschreiten der 30.000,- € Grenze, ab welcher die Mehrkosten im Haupt- und Personalausschuss hätten genehmigt werden müssen, wurde erst nach Vorlage aller Einzelrechnungen festgestellt. Wäre das Becken lediglich saniert und nicht neu gestaltet worden, wären die Mehrkosten 13.227,22 € gewesen.

Mit dem sanierten Kinderbecken konnte eine deutlich verbesserte Nutzbarkeit und Akzeptanz erreicht werden. Bei Verzicht auf diese Umgestaltung wäre das notwendige Sonnensegel nicht erstellt worden. Effektiv wurden 16.966,36 € mehr erforderlich um eine notwendige Verbesserung zu erzielen.

III. OFFENLEGUNGSVERFAHREN

6. Bewilligung von überplanmäßigen Ausgaben für die Städtebauliche Sanierungsmaßnahme „Albert-Schweitzer-Straße/ Fröbelstraße“ Hier: Änderung des Deckungsvorschlages

Anl. Sitzungsdrucksache: Beschlussvorlage Nr. 011/2007 vom 16.01.2007;
Stadtkämmerei, Abt. Allgemeine Finanzverwaltung und Haushalt

In Abänderung des am 31.07.2006 gefassten Beschlusses werden die überplanmäßigen Ausgaben für die Städtebauliche Sanierungsmaßnahme „Albert-Schweitzer-Straße/ Fröbelstraße“ in Höhe von € 1.720.000,- wie folgt gedeckt:

- Mehreinnahmen bei HHSt. 2.6150.361000/007 (Landeszuschüssen aus Städtebauförderungsmitteln) = € 938.000,-
- Mehreinnahmen bei HHSt. 2.8800.340000/001 (Grundstückserlöse) = € 695.000,-
- Mehreinnahmen bei HHSt. 1.9000.003000 (Gewerbsteuer) in Höhe von € 87.000,-

2. Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Schulen und Sport am 18. Oktober 2006

3. Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 22. Januar 2007

Es werden keine Einwendungen erhoben. Die Niederschriften sind genehmigt.

Es wird festgestellt, dass die Beschlussfähigkeit des Gemeinderats während der gesamten Dauer der heutigen Sitzung gewährleistet war.

Lahr/Schwarzwald, 12. Februar 2007

Vorsitzender

Schriftführer

Stadtrat/-rätin

Stadtrat/-rätin